



Gesuch Nr. _____

eingereicht am _____

Gesuch um Aufnahme in ein Wohnheim für Arbeitende
(Artikel 103 des L.G. 13/1998 und Beschluss der Landesregierung Nr. 1860/2010)
Antrag mit Erklärung zum Ersatz einer Bescheinigung und einer beideten
Bezeugungsurkunde
(Artikel 46 und 47 des D.P.R. Nr. 445/2000)

Familienname und Vorname _____ ,

Geburtsdatum _____ , Geburtsort _____ ,

Staatsangehörigkeit _____ , Geschlecht M W ,

Steuernummer

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

meldeamtlicher Wohnsitz bzw. Anschrift für Postzustellung _____ ,

Straße _____ , Nr. _____ ,

(Mobil-)Telefon-Nr. _____ ,

E-Mail-Adresse _____ .

Sprache für den Schriftverkehr: deutsch italienisch

Hiermit erkläre ich

- im Jahr _____ folgendes Einkommen erzielt zu haben:
- Einkommen aus abhängiger Tätigkeit und diesem gleichgestellte Einkommen
Bruttogesamteinkommen: € _____
 - Einkommen aus selbständiger Tätigkeit
Gesamteinkommen: € _____
- arbeitslos zu sein seit dem _____ .

Ich bin mir bewusst, dass ich im Falle unwahrer Erklärungen den strafrechtlichen Bestimmungen gemäß Strafgesetzbuch und gemäß den einschlägigen Bestimmungen unterstehe, im Sinne des Artikels 76 des D.P.R. 28.12.2000, Nr. 445.

Erklärung zur europäischen Datenschutz-Grundverordnung

Der/Die Unterfertigte erklärt, das Informationsschreiben über die Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß den Artikeln 13 und 14 der europäischen Datenschutz-Grundverordnung Nr. 670/2016 und des gesetzvertretenden Dekrets Nr. 196/2003 im Zuge der Unterzeichnung der Mietvereinbarung bzw. gemeinsam mit dem Fragebogen über die Einkommen 2017 erhalten zu haben. Bei dieser Gelegenheit wurde die Zustimmung zur Verarbeitung der Daten erteilt. Andernfalls liegt die Zustimmung zur Verarbeitung der Daten diesem Gesuch bei.

Beizulegende Unterlage

- Arbeitsvertrag, in Kopie

Hinweis

Jegliche Änderung der Adresse oder der Telefonnummer muss umgehend mitgeteilt werden. Andernfalls werden Sie von der Zuweisungsliste gestrichen.

(Ort und Datum)

(Unterschrift)

Im Sinne des Artikels 38 des D.P.R. Nr. 445/2000 muss, sofern die Erklärung nicht vor dem zuständigen Beamten / der zuständigen Beamtin unterschrieben wird, die Fotokopie eines gültigen Ausweises des Gesuchstellers/der Gesuchstellerin beigelegt werden.

Dem Amt vorbehalten

Gesuch entgegengenommen von _____ am _____

Art des Erkennungsausweises des/der Erklärenden: _____

Nummer des Erkennungsausweises: _____ ausgestellt von _____
am _____ und gültig bis _____

Notizen: _____

